Anlage 2
Gemeinsamer parteiübergreifender Leitantrag zum Nachtragshaushalt 2026 der Stadt Heidelberg, 18.12.2025

von Bündnis90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Heidelberger, HiB/Volt, FDP/FW, GAL, Die PARTEI

Prozessoptimierung für eine zukunftsfähige Haushaltsaufstellung – nachvollziehbare Entscheidungen auch unter härteren Konsolidierungsvorgaben

Ergänzung zu den zentralen Handlungsfeldern des geeinten Leitantrags vom 05.06.2025

Präambel

Alle Beteiligten verpflichten sich erneut zu fairer, konstruktiver Zusammenarbeit sowie zu einem transparenten und strukturierten Prozess. Ausgaben- und Einnahmenseite müssen geprüft werden. Einsparungen müssen mit Augenmaß erfolgen und langfristige Perspektiven müssen mitgedacht werden, um Anschlusslösungen für Zuschussempfänger*innen und Vertragspartner*innen zu sichern.

Ziel bleibt weiterhin der Erhalt der Vielfalt, Infrastruktur und politischen Leitlinien. Um dies auch in Zukunft gewährleisten zu können, müssen Prozesse und Strukturen optimiert und teilweise auch bisherige Standards in Abhängigkeit ihrer Wirksamkeit angepasst werden.

Veränderungen, insbesondere die Reduzierung von Leistungen und Standards, benötigen Vertrauen, Transparenz, Mut und ein starkes Miteinander. Nur durch gemeinsame Anstrengung von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft im engen Austausch lassen sich diese Herausforderungen bewältigen. Dieser Leitantrag schafft die Grundlage für eine transparente, nachhaltige und breit getragene Haushaltskonsolidierung. Auch die an vielen Stellen angepassten Gebühren dürfen nicht zu einer Überforderung der betroffenen Haushalte führen. Hier muss mit Augenmaß vorgegangen werden und die Systeme auf ihre Tragfähigkeit überprüft werden. (z.B. bei den Gebührenstufen die Anpassung der Grenzen an die Inflation)

Zentrale Handlungsfelder

Ergänzend zu den bereits identifizierten Handlungsfeldern des geeinten Leitantrags vom 05.06.2025 ergeben sich nach Rückmeldung des Regierungspräsidiums für den noch konsequenteren Konsolidierungsprozess weitere Punkte. Dies ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass durch die schwierige Situation auch Optimierungsbedarf im eigentlichen Prozess der Haushaltsaufstellung sowie -konsolidierung offenkundig wurde. Daher ist eine Analyse und Verbesserung der Haushaltsaufstellung durch die Schaffung eines effizienten, einheitlichen Prozesses in enger Abstimmung von Verwaltung und Gemeinderat notwendig.

1. Einheitliche Vorgehensweise und Definitionen

Im Rahmen des Controllingprozesses streben Verwaltung und Politik einheitliche Darstellungen (für Ämter, Eigenbetriebe und Tochtergesellschaften) an – sowohl für die Ist-Entwicklung als auch für Daten und zusätzliche Informationen im Rahmen der Haushaltsaufstellung, u.a.

- Struktur, Personal, Tarife, Qualifikationen
    - Externe/interne Aufträge
    - Pflicht- vs. freiwillige Aufgaben
    - Digitalisierungsstand und -potenziale
- Kennzahlen
    - Entwicklung der letzten fünf Jahre
    - Ergebnis- und Finanzdaten pro Bereich
    - Bereits realisierte Einsparungen
    - Einsparvorschläge (einmalig/dauerhaft) mit Auswirkungen
    - Gemeinsam definierte Kennzahlen zur Erreichung der beschlossenen und messbaren Ziele pro Bereich
- Mittelfristige Bedarfe (2027/28) zur Zielerreichung

Die Verwaltung erarbeitet ein Pflichtenheft und setzt die erarbeitete Datenstruktur fort (u.a. Maßnahmen-ID, Kontext, Auswirkungen, Fraktionszustimmungen, Gesamtkalkulation, Ergebnisprotokoll). Ergänzt wird ein bildhafter Überblick über die gesamte städtische Struktur der Eigenbetriebe, städtischen Gesellschaften und Liegenschaften. Darüber hinaus soll das Zahlenwerk vermehrt durch Grafiken visualisiert und um interaktive Elemente (z. B. Dashboards) erweitert werden. Zusätzlich wird ein Glossar entwickelt, um ein einheitliches Verständnis von Begrifflichkeiten sicherzustellen.

2. Ermöglichen von Aufgabenkritik, strukturellen Reformen und Prozessoptimierung

Im Spannungsfeld zwischen begrenzten Mitteln und notwendigem Veränderungsprozess werden finanzielle Mittel und Personal benötigt, um die

strukturellen Reformen und Optimierungen umzusetzen. Für eine nachhaltige Konsolidierung bedarf es klarer, wirkungsorientierter Entscheidungsparameter, um die Reihenfolge der Umsetzung festzulegen.

Der Stärkung der Wirtschaftskraft der Stadt Heidelberg soll dabei eine hohe Priorität eingeräumt werden. Damit sind nicht allein die finanziellen Belastungen gemeint, sondern auch und vor allem die städtischen Prozesse zur Erteilung von Bewilligungen, sei es baurechtlicher oder gewerberechtlicher Art sowie die Beurteilung von Flächenrestriktionen und Bebauungsplänen.

Wir unterstützen in diesem Zusammenhang eine zügige Konzeptentwicklung und -umsetzung zur nachhaltigen wirtschaftlichen Weiterentwicklung der Stadt Heidelberg.

3. Perspektiven für das Personal

Der Gemeinderat ist sich der großen Verantwortung gegenüber den Mitarbeiter*innen bewusst. Die ursprünglich im Haushalt beschlossenen neuen Stellen wurden zunächst gestrichen.

Zu einem verantwortungsvollen Umgang mit den Mitarbeiter*innen gehören klare und zeitnahe Entscheidungen darüber, welche der beantragten Stellen im Rahmen eines langfristigen Konsolidierungsprozesses besetzt werden können und auf welche verzichtet werden kann bzw. muss.

4. Perspektiven für Zuschussempfänger*innen und Vertragspartner*innen

Es ist unerlässlich, eine Anschlussperspektive aufzuzeigen, bevor Verträge gekündigt werden. Die wochenlange Verunsicherung der Betroffenen führte zu Kündigungen mit weitreichenden Folgen. Es ist zwingend und dringend erforderlich, angekündigte Veränderungen aufzuzeigen, individuell zu beraten und auf eine langfristige Perspektive zu achten.

Zuschussempfänger*innen und Vertragspartner*innen unterstützen durch Bereitstellung von Zahlen, Daten, Fakten im von der Verwaltung definierten Schema als Grundlage für die Entscheidungsfindung.

5. Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit

Die Haushaltskonsolidierung verlangt transparente Kommunikation und gezielte Beteiligung der betroffenen Gruppen. Um Vertrauen zu schaffen und die Stadtgesellschaft mitzunehmen, bedarf es:

- frühzeitiger Einbindung relevanter Gremien
- transparenter Information der Öffentlichkeit (Stadtblatt, Website, Veranstaltungen) und mehr offenen Dialogs
- Aktiver Begleitung durch Fraktionen mit Rückkopplung und Dialog

Ziel ist keine umfassende neue Beteiligungsarchitektur, sondern eine gezielte, verantwortungsvolle und verlässliche Information der betroffenen Akteurinnen und Akteure und der Stadtgesellschaft. Ein Austausch über die Bedarfe und Bedürfnisse und das, was Heidelberg auch in Zukunft ausmachen soll, ist nicht verzichtbar.

6. Frühere Einbringung zukünftiger Haushaltsvorschläge für Planungssicherheit

Es muss so bald wie möglich darauf hingewirkt werden, dass die künftigen Doppelhaushalte wieder frühzeitig verabschiedet werden. Sollte es notwendig sein, vom eigentlichen Zeitplan abzuweichen, informiert die Verwaltung über mögliche negative Konsequenzen für Beteiligte sowie, ob und wie diese lösbar sind.

Gleich zu Beginn des Prozesses zur Aufstellung des Haushalts findet eine Klausurtagung mit dem Gemeinderat statt. In dieser werden die gemeinsamen Rahmenbedingungen und Zielvorstellungen für den kommenden Haushalt festgelegt und dienen als Grundlage für die weitere Arbeit der Verwaltung.

7. Zeit nach der Konsolidierung: Information über finanzielle Auswirkungen von Beschlüssen

Um den aktuellen Konsolidierungsprozess auch nach Verabschiedung des Haushalts zu unterstützen, ist es erforderlich, vor Beschlussfassung von Anträgen im laufenden Jahr über finanzielle Auswirkungen (personell, finanziell, etc.) informiert zu werden. Zu Sachanträgen, die in den Fachausschüssen gestellt werden, soll bei personellem und finanziellem Mehraufwand bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses eine Abschätzung gegeben werden. Nur so können fundierte Beschlüsse gefasst werden.